

# Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 12

Das Blatt erscheint jeden Sonntag.  
Abonnementspreis Nr. 7,50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 23,  
Claus-Graeb-Strasse 1. Fernr. 9, 8246.

Hamburg, den 22. März 1919

Anzeigen kosten die flügelgatterte Non-  
pareilspalte oder deren Raum 50 Hfg. (Der  
Betrag ist stets vor der Einzahlung).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Hfg. die Zeile.

33. Jahrg.

## Bekanntmachung.

Auf Beschluß des Verbandsvorstandes und unter Zustimmung des Beirats wird hierdurch nach § 10 des Statuts unsere

## Generalversammlung

Montag, 16., bis Freitag, 20. Juni, einberufen. Der Ort und das Tagungsortal werden noch bekanntgegeben.

Die vorläufig aufgestellte Tagesordnung lautet:

### Tagesordnung:

Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten, Wahl der Verhandlungsleitung, Prüfung der Mandate usw. Rechenschaftsbericht des Vorstandes, des Ausschusses und der Redaktion des „Vereins-Anzeiger“.

Die Aufgaben unseres Verbandes in der Zukunft. Beratung der zum Statut gestellten Abänderungsanträge.

Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress. Wahl der Vorstandsmitglieder, des Redakteurs des „Vereins-Anzeiger“, der Bezirksleiter und des Obmannes des Ausschusses.

Die Anträge des Vorstandes und des Beirats zur Abänderung des Statuts, die Wahlkreiseinteilung und das Reglement zur Wahl der Delegierten werden in den folgenden Nummern des „Vereins-Anzeiger“ gedruckt.

Anträge auf Aenderung des Statuts oder solche, die sich auf die Organisation allgemein beziehen, müssen, wenn sie im Verbandsorgan veröffentlicht und in einer gedruckten Vorlage der Generalversammlung unterbreitet werden sollen, bis zum 12. Mai der Hauptverwaltung eingereicht sein. Anträge, Beschwerden und Resolutionen können der Generalversammlung durch die Vorlage nur unterbreitet werden, wenn sie von einer Mitglieder-Generalversammlung anerkannt sind. Ausgenommen hiervon sind Anträge von Einzelmitgliedern, die ihre Beiträge in die Hauptkasse zahlen.

Die Anträge sind auf besonderen Bogen und nicht im Zusammenhang mit andern Mitteilungen einzusenden.

Der Verbandsvorstand.  
J. A.: Otto Streine.

## Sitzung unseres Verbandsbeirats.

Am 5., 6. und 7. März war im Berliner Gewerkschaftsbeirat zu einer Tagung zusammengetreten, um den Bericht des Verbandsvorstandes über den Stand der Organisation, über die bevorstehende Generalversammlung und über die Tarifverhandlungen vom 30. Januar entgegenzunehmen. Kollege Streine verwies in der Anleitung seines Referats über den Stand der Organisation und die Tätigkeit des Vorstandes darauf, daß sich ein Ausbruch der Revolution auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete gewaltige grundlegende Vorgänge abspielt. Neue Einrichtungen seien entstanden, die den Einfluß geltend machen, wie unter anderem die Arbeiter- und Betriebsräte. Wenn auch unsere Organisation sich sehr wenig davon betroffen wurde, werden sich die einzelnen Verbände doch zunächst mit den neuen Gegebenheiten und alles übrige der weiterdrängenden Entwicklung überlassen müssen. Einschneidende Rechte und Bestimmungen im Interesse der Arbeiterschaft habe die neue Regierung gebracht, er brauche nur an das Verjam-

lungs-, Koalitions- und Tarifrecht, an die Einführung des Achtstundentages, an die Regelung der Arbeitsnachweisefrage, an die Wiederin kraftsetzung der Arbeiterschutzesetze, der Arbeitslosenunterstützung, die Wohnungs- und Sozialversicherungsfrage zu erinnern. Einen großen Fortschritt bedeutete der Abschluß der Arbeitsgemeinschaft in der Industrie. Unser Mitgliederbestand im 3. Quartal 1918 betrug 7870. Im 4. Quartal sind 7146 Kollegen neu aufgenommen worden, 6472 hatten sich vom Militär zurückgemeldet, so daß am Jahresschluß wieder 20 424 Mitglieder gezählt wurden. Die Zahl sei seitdem wesentlich gestiegen, da sich von den seit 1914 insgesamt 80 770 eingezogenen Kollegen eine größere Anzahl angemeldet, immerhin sei eine beträchtliche Zahl von Mitgliedsbüchern noch nicht zurücküberlangt worden. Um diese Kollegen, soweit sie vom Militär zurückgekehrt seien, wieder heranzuholen, müsse allerwärts die größte Mühe aufgewendet werden. Da, wo unsere Kollegen persönlich die Heimgekehrten aufsuchten, sei der Erfolg überall ein guter. Die Zusendung unseres Organs an die Kollegen im Felde hatte sich gut bewährt, die Führung mit dem Verbands wurde aufrechterhalten und der neue Anschluß glatt vollzogen. Gewiß, viele andere Verhandlungen hätten sich in wenigen Wochen riesenhaft entwickelt. Das sei bei uns leider nicht der Fall. Hierfür wäre aber ausschlaggebend das völlige Darniederliegen des Gewerbes, verschärft durch den Materialmangel. Ferner sei im Besetzungsgebiet die Agitationsstätigkeit sehr gehindert. Viele Kollegen, die in der Industrie Arbeit gefunden hätten, strömten zurück und vermehrten das große Heer der Arbeitslosen. Zur Förderung der Arbeitsbeschaffung und Beseitigung des Materialmangels sei der Vorstand erneut mit dem Arbeitgeberverband in Verbindung getreten. Neue Richtlinien seien nach gegenseitiger Besprechung aufgestellt worden. Durch unser Bemühen sei auch bald eine neue Verordnung gegen die Verwendung schädlicher Materialien besonders bei Schiffsanstrichen zu erwarten. Stets habe der Vorstand anregend und fördernd eingreifen müssen, um die Interessen der Mitglieder in diesen schwierigen Tagen zu wahren.

Im Anschluß an diese Ausführungen gab Kollege W e n t k e r einen Ueberblick über die Gestaltung der Massenverhältnisse während der letzten fünf Jahre. Eine detaillierte Zusammenstellung lag dem Beirat vor. Ganz erheblich seien die Ausgaben für Materialien, Drucksachen usw. gestiegen, auch die Unterstützungsausgaben in den letzten beiden Monaten 1918 hätten sich beträchtlich erhöht. Die Einklassierung der Beiträge örtlich gut zu regeln, sei eine der wichtigsten Aufgaben in den Stillen. Er begrüßte es, daß die Aufnahme neuer Mitglieder anhalte, das sei der beste Beweis für das Vertrauen, das unsere Kollegen der Organisation entgegenbringen. Die Hälfte der eingesandten Soldatenbücher sei bis jetzt zurückgefordert worden und täglich gingen neue Meldungen ein. Unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse konnte der Beirat im Allgemeinen den Stand der Organisation als günstig bezeichnen und gab dem Wunsch Ausdruck, daß die weitere Aufwärtsentwicklung anhalten möge.

In der Diskussion kamen die politischen, vorwiegend aber die wirtschaftlichen Zustände eingehend zur Sprache. Auch der Frage der Arbeiterräte wurde von einigen Rednern auf Grund ihrer persönlichen Erfahrungen nähergetreten. In den Orten, wo sie sich in gewissen Grenzen hielten, vor allem alle gewerkschaftlichen Angelegenheiten den betreffenden Gewerkschaften überwiegen, seien keine Störungen zu beklagen; andererseits wurde aber auch festgestellt, daß die wilden Streiks, das Treiben der Spartakisten, das Rätesystem nicht gefördert haben. Sollte nur oft ein bißchen Vernunft abgemalt, hätte unsere ganze Kraft auf das gemeinsame Wohl gerichtet sein müssen. Nicht durch Zwang, sondern durch geistige Kraft können und müssen wir uns durchsetzen. Die Zukunft gehöre den Gewerkschaften; deren System habe sich in der langen Kriegszeit behauptet und werde sich auch trotz aller Anfeindungen durchsetzen. Ueber die Ziele und Wege könne man ge-

wiß verschiedener Meinung sein, aber solche Differenzen seien doch nur taktischer Art, auf die Grundlage unserer Bestrebungen dürften und sollten sie nicht störend wirken. Anerkannt wurde, daß unser Verband sein möglichstes getan hat, die Interessen der Kollegenschaft zu wahren und ihre Lebenshaltung zu sichern. Bei der gerechten Beurteilung dieser Frage müsse stets unterschieden werden zwischen den Kollegen, die in der Industrie tätig waren und denen, die im Baugewerbe arbeiteten. Was unter den schwierigsten Verhältnissen möglich war, durch viermalige Teuerungszulagen einen einigermaßen günstigen Ausgleich mit den Lebensmittelpreisen herbeizuführen, wurde getan. Wer die Zustände in der Großindustrie und im Bergbau kennen gelernt habe, müsse den Abschluß der schon erwähnten Arbeitsgemeinschaft als eine große Tat im wirtschaftlichen Leben anerkennen. Allgemein wurde über die Folgen der großen Verkehrserschwerungen geklagt, darunter leide besonders die gesamte Agitationsstätigkeit und die notwendige Aufklärung, die überall so sehr notue. Und dennoch gehe es wieder vorwärts. Die Kollegen hätten während der ganzen Kriegszeit dem Verbands volles Vertrauen entgegengebracht; viele, die lange Jahre und ferngestanden, kehren wieder in unsere Reihen zurück und helfen gemeinschaftlich nun den Neuaufbau vorzunehmen.

In seinem Schlusswort kommt der Vorsitzende, nachdem er kurz einige Einwendungen richtiggestellt hatte, nur unterstreichen, daß die Gewerkschaften niemals kriegerisch oder gar kriegsüberläufernd gewirkt, sondern ihr ganzes Bestreben auf das Gesamtwohl der deutschen Arbeiterschaft eingestellt hätten. Der beste Beweis sei der gewaltige Zustrom in die Gewerkschaften.

Ueber die am 9. November und am 30. Januar stattgefundenen Verhandlungen im Reichsarbeitsamt gab darauf ebenfalls Kollege Streine einen zusammenfassenden Bericht. Die viermaligen Verhandlungen über Teuerungszulagen hätten im Durchschnitt 100 pZt. Lohnerhöhung gebracht. Dazu komme noch der Zuschlag für die Umrechnung der Löhne bei der Einführung des Achtstundentages. Die örtliche Regelung der einzuführenden Pausen ergäbe ein sehr verschiedenes Bild; besser wäre es gewesen, wenn allgemein der Schluß der Arbeitszeit zwischen 4½ und 5 Uhr festgesetzt worden wäre. Im Baugewerbe fanden Ende März wieder neue Verhandlungen statt; es sei nicht ausgeschlossen, daß auch unsere Organisation zu neuen Forderungen alsbald Stellung nehmen müsse. In der Diskussion wurde besonders auf die Veräberungen bei den örtlichen Verhandlungen hingewiesen. Vielfach behaupteten die Arbeitgeber, von den Beschlüssen der zentralen Verhandlungen von Berlin aus noch nicht unterrichtet zu sein. Auch in den besetzten Gebieten suchen sich die Arbeitgeber von der Durchführung der Abmachungen zu drücken. Festgestellt konnte werden, daß von französischer Seite aus gegen die Einführung des Achtstundentages kein Druck ausgeübt wurde. Anerkannt wurde, daß in einer Reihe von Orten bis zu 22 s über die getroffenen Vereinbarungen hinaus Zulagen gewährt worden sind. Trotzdem die Kollegen darauf hingewiesen wurden, überall nur eine Pause einzuführen, seien vielfach zwei festgelegt worden; in einzelnen Orten sei auch Sonnabends der Arbeitschluß um 1 Uhr vereinbart, auf Kosten des Achtstundentages an den übrigen Wochentagen. Man hoffe allgemein, daß später dennoch eine bessere einheitliche Regelung auf diesem Gebiete erreicht werde, nachdem jetzt so unhaltbare Zustände durch die örtliche Regelung eingegriffen wären. Hauptsache sei jetzt, sobald wie möglich in Ordnung zu kommen, um statistisch das Erreichte festlegen zu können und einen allgemeinen Ueberblick zu gewinnen.

Zur Tagung der ordentlichen Generalversammlung gab Kollege Streine bekannt, daß eine längere Hinverschiebung des Termins nicht mehr angängig sei. Der letzte ordentliche Verbandstag habe 1912 in Halle getagt. Der Vorstand habe, da auch der Gewerkschaftskongress Ende Juni abgehalten werde, als äußersten Termin die Zeit vom 16. bis 20. Juni vorgeschlagen. Nach kurzer Aussprache

stimmte der Veirat diesem Antrage zu, ebenso dem Vorschlag, daß eine Statutenberatungskommission, in der Delegierte vertreten sein werden, vor der Generalversammlung zusammentreten soll. Der wichtigste Punkt der Tagung war die nun folgende Statutenberatung. Über den allgemeinen Teil des Statuts in seiner beabsichtigten neuen Fassung, die dem Veirat vorlag, berichtete Kollege Streine: Bei diesem Teil handelte es sich in der Hauptsache um eine bessere Gliederung, zum Teil auch um eine korrektere Fassung der bisherigen Bestimmungen unter Ausschaltung aller verwaltungstechnischen Vorschriften. Aber auch den jetzigen Verhältnissen entsprechend mußten verschiedene Punkte des Statuts einer Umgestaltung unterzogen werden. Die Aussprache hierüber ergab eine volle Übereinstimmung.

Über die Neuregelung unserer Unterstützungsanstaltungen und der Beitragsleistung referierte Kollege Wenter: Die vorliegenden Entwürfe mit ihren einzelnen Bestimmungen seien als ein geschlossenes, in sich zusammenhängendes System gedacht, die gesamte Aufstellung der neuen Sätze und der Bezugszeit der einzelnen Unterstützungen ständen im engsten Mahmen mit der Beitragsleistung. Die Vorlage bezwecke vor allem eine weitgehende Vereinheitlichung in unseren Unterstützungsanstaltungen und eine Erleichterung in der Verwaltungsarbeit. Diese beiden großen Gesichtspunkte standen im Vordergrund bei Inangriffnahme der Reformierung. Die vielen Änderungen, die bisher vorgenommen wurden, hätten immer nur Stückwerk gezeitigt. Die jetzige Gelegenheit zu einer gründlichen Umarbeitung unserer Unterstützungsanstaltungen und zur Schaffung einer Erwerbslosenunterstützung sollte nicht versäumt werden. In der Diskussion wandten sich vorerst die meisten Redner gegen die vorgeschlagenen Änderungen. Man hielt die Vorlage für verfehlt, die jetzige Zeit zu einem großzügigen Reformwerk noch zu ungenügend. Auch die Staffeln der Beiträge stießen auf Widerstand. Andererseits wieder hielt man nur die Ausgestaltung der Streikunterstützung für notwendig, nicht aber die anderen Unterstützungsabteilungen, da besonders bei Krankheitsfällen und jetzt auch bei Arbeitslosigkeit die staatliche Unterstützung in Kraft trete. Der Erhöhung des Beitrages um 20 % wurde zugestimmt. Die weiteren Beratungen führten zu Änderungen der Vorstandsvorlage, die dann die Zustimmung des Veirats fand. In dieser Form wird die Vorlage in der nächsten Nummer des „Vereins-Anzeiger“ bekanntgegeben werden.

Die vorige Veiratssitzung hatte sich schon mit der Frage beschäftigt, für die im Verband ehrenamtlich tätigen Mitglieder und für die Angestellten eine Unterstützungsabteilung zu errichten für den Fall, daß das Mitglied einen im Dienst der Organisation gesundheitschädigenden Unfall erlitten hat, der die Invalidität herbeiführt, oder wenn Angestellte infolge Alters oder Invalidität dienstunfähig geworden sind. Die Einrichtung soll obligatorisch sein für die Filialen wie auch für alle Angestellten. Im Prinzip wurde gegen diese Sache kein Einspruch erhoben. Die Durchführung unterliegt dem Beschluß der Generalversammlung. Einstimmig war auch die Meinung des Veirats, daß infolge der anhaltenden Teuerung die Gehaltsverhältnisse der Angestellten einer Regelung unterzogen werden müssen.

In kurzen Zügen kam Kollege Streine nach Erledigung der Tagesordnung auf die eingehenden gründlichen Beratungen zurück. Mit dem Wunsche, daß für die Weiterentwicklung und den Neuaufbau des Verbandes nach den schweren Kriegsjahren die Tagung gute Früchte tragen möge, schloß er die Konferenz.

### Das Ich im Arbeitsstaate.

Als Glied der großen Gewerkschaftsbewegung erstrebt unser Verband in letzter Linie einen freien Arbeitsstaat, in dem das leitende Prinzip alles Schaffens das Wohl des Ganzen ist. Heute ist es der Gewinn, der in allen wirtschaftlichen Unternehmungen bestimmend ist, die Rentabilität. Aber es klingt, so fühlt man drinnen, dem Volksohre nicht gut: „Der Gewinn leitet das Unternehmen“, und man empfindet nur zu gut das Unfittliche dieser Welt, und deshalb holt man das schöne Wort „Individualität“ herbei und sagt, die Individualität gebe verloren, wenn die ganze Arbeitswelt nach unserm Willen dem Ganzen dienen soll. Das klingt doch nach etwas Höherem, Geistigerem, Sittlicherem.

Was ist aber Individualität? Sie ist etwas Innerliches, ein innerer Menschenwert, und dieser kommt darum um so besser zum Ausdruck, je mehr sich diese Innerlichkeit ohne äußere Beeinflussung entfalten kann. Ein äußeres Moment aber ist die Sucht nach Profit, die das heutige Wirtschaftsleben leitet, und wenn wir diesen niederen Trieb ausschalten und eine Welt schaffen wollen, die den inneren Menschenwert sich frei entfalten läßt für das Ganze, so leisten wir der Individualität darum den größten befreienden Dienst. Das ist keine Individualität, die ihre Eigenart nur ausnutzen kann zu niederen Trieben, zu nichts als äußerem Gewinn. Die wahre Individualität will sich entfalten um ihrer selbst willen; sie ist so stark, daß sie gar nicht anders kann, als sich zu entfalten, ob es Gewinn bringt oder nicht; ja, sie kann so stark sein, daß sie sich durchsetzt, selbst wenn äußerlich Verluste damit verbunden sind. Und kann es etwas Schöneres geben, als wenn solch starker persönlicher Menschenwert in den Dienst des Ganzen gestellt wird, wenn die Individualität dem Ganzen zulohnt, dem Ganzen,

das diese Individualität durch die Gesamtheitsverbundung doch als eine ihrer Mitten selbst geschaffen hat? Ihre höchste, edelste, stilllich reinste Entfaltung findet der persönliche Menschenwert darum, ob er geistiger oder seelischer Art ist, in einem Arbeitsstaate, der auf das Wohl des Ganzen eingestellt ist, und darum kann nur ihn als das höchste Ziel des Menschheitswerdens erstreben, mer nicht Egoismus, sondern wahre, reine, tiefe, drängende individuelle Menschenwerte in sich flüht.  
Dr. Gustav Hoffmann.

### Aus unserm Beruf.

**Güterlosh.** Am Sonntag, 9. März, fand in Gütersloh eine öffentliche Versammlung unserer Kollegen statt. Kollege Jeychmann, Wiesfeld, referierte über: „Die Einwirkung unseres Verbandes auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse“. In seinem Vortrage schilderte der Redner unsere erfolgreiche Arbeit in der Organisation und betonte, daß nur durch die Macht des Verbandes wirtschaftliche Kämpfe Erfolg haben. Von den anwesenden Meistern beteiligten sich 2 an der folgenden Aussprache. Nach dem Schlusswort des Redners traten 10 Kollegen dem Verbande bei. Hoffen wir nun, daß auch unsere Gütersloher Kollegen den Wert der Organisation erkennen und durch fleißige Werbearbeit auch den letzten Kollegen heranziehen. Dann wird es auch hier keine Sommer- und Winterlöhne mehr geben.

**Landesberg a. d. W.** War auch unsere Filiale infolge des furchtbaren Weltkrieges gezwungen, ihre Tätigkeit einzustellen, so kann heute erfreulicherweise festgestellt werden, daß, nachdem der größte Teil der Mitglieder wieder am Orte ist, auch das Interesse an der Organisation wieder recht reger ist. Obwohl zurzeit das Malergewerbe noch ganz banal verlegt, wird es im Baugewerbe doch schon etwas lebendig; doch machen sich auch Anzeichen bemerkbar, daß es im Malergewerbe für bestimmte Arbeiten zu tun gibt. Sorgenvoll und schwer unter den teuren Zeiten ist unsere Lebenshaltung. Um so unverständlicher ist es, wie trotzdem von gewisser Seite ständig über zu hohe Löhne geschrien werden kann. Sind doch die Lebensmittelpreise um das Fünf- und Sechsfache gestiegen, und diese müssen unverzüglich dafür bezahlt werden, während man den arbeitenden Schichten nicht einmal den doppelten Lohn gönnt. Auch unsere Herren Arbeitgeber haben in einer Sitzung, die infolge der Tarifregelung und Umrechnung des Lohnes auf den Achtstundentag notwendig war, bewiesen, daß sie noch die Mitten von vor dem Kriege sind. Nach ihren Ausführungen sind sie auch jetzt noch nicht in der Lage, uns mit den übrigen Bauhandwerkern, die ab Januar einen Stundenlohn von M 1,44 für gelernte und M 1,28 für Hilfsarbeiter erhalten, gleichzustellen. Jeder ungelernete Arbeiter erhält hier einen Stundenlohn von M 1 und darüber, und da bietet ein Malermeister einem gelernten Gesellen ganze 100 % Stundenlohn an, also einen Lohn, der geradezu in der Jetztzeit beschämend für unser ganzes Gewerbe ist. In den Kollegen Landesbergs liegt es, daß sie alles daransetzen, um auch hier zu erreichen, was unsere Kollegen in anderen Filialen durchgesetzt haben. Nützlich ist dazu aber, daß alle Kollegen, auch die aus der Umgegend, die hier beschäftigt werden, sich unverzüglich unserer Organisation anschließen und tatkräftig an dem Wiederaufbau unseres Verbandes beteiligen; dann werden die Früchte der Arbeit nicht ausbleiben. Das bekannte Dichterswort: „Das Alte stirbt; es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen“, hat sich hier in einzelnen Gewerkschaften schon treffend bewährt. Günderte neuer Mitglieder sind ihren Verbänden zugeströmt. Mögen darum auch unsere Kollegen daraus lernen und sich bis auf den letzten Mann unserm Verband anschließen; nur dann geht es vorwärts!

**Leipzig.** Am 19. Februar tagte im Volkshaus unsere gut besuchte Generalversammlung, in der Kollege Goldbig den Kassenbericht über das verlossene Vierteljahr und den Jahresbericht gab. Die Kassenverhältnisse seien in Anbetracht der durch den Krieg für unser Gewerbe besonders ungünstigen Verhältnisse als zufriedenstellend zu bezeichnen. Es sei möglich gewesen, ohne Schulden trotz der gesteigerten Ausgaben für die Filialkassen auszukommen. Dies berechtige uns zu der Hoffnung, daß die Filiale eine aussichtsreiche Zukunft vor sich habe. Kollege Braune ergänzte diesen Bericht. Er zeigte an der Hand einiger Zahlen, wie verheerend der Krieg insbesondere unser Gewerbe heimgeschickt habe. Während wir in den Jahren 1912 und 1913 nach vollbezahlten Mitgliedsbeiträgen 1200 Kollegen im Jahresdurchschnitt organisiert hatten, sei diese Zahl während der Kriegszeit auf rund 200 gesunken. Erfreulicherweise habe die Beendigung des Krieges wieder Wandel geschaffen, und die revolutionäre Zeit trage wohl auch ihr Teil dazu bei, daß die Arbeiterschaft sich auf sich selbst besinnt und den Gewerkschaften zufließt. Der neuzuwählende Vorstand habe große Aufgaben zu erfüllen, wenn der frühere Stand der Mitglieder wieder erreicht werden soll. Ein großer Teil der zum Militär einberufenen Mitglieder habe sich wohl wieder zurückgemeldet, aber immerhin sei noch eine ganze Anzahl Kollegen, von denen man nicht wisse, wo sie geblieben seien. Bei der ungeheuer großen Anzahl von Arbeitslosen sei die Agitation wohl erschwert, aber es müsse jede Gelegenheit benutzt werden, um neue Mitglieder für die Organisation zu werben. Die rührige Mitarbeit eines Teiles der Kollegen habe auch erfreuliche Resultate gezeitigt, so daß seit Quartalschluß eine verhältnismäßig große Anzahl von Neuaufnahmen zu verzeichnen sei. Der seit Jahren von uns erstrebte paritätische Arbeitsnachweis, der seit dem 1. Januar zur Einführung gelangte, müsse mit Hilfe der Kollegen weiter ausgebaut werden; dabei sei zu bemerken, daß alles Inferieren der Unternehmer und das Umhauern der Kollegen zu unterbleiben habe. Eine ganze Reihe wirtschaftspolitischer Aufgaben harrt ihrer Erledigung durch die Gewerkschaften. Zunächst haben wir noch das kapitalistische Staatwesen, und wir müssen versuchen, in dem germürzten Deutschland die durch die ungeheuer gesunkene Kaufkraft des Geldes geschaffenen Zustände durch eine gesunde Lohnpolitik zu bessern. Der während der Kriegszeit vollständig vernachlässigte Arbeiterschutz müsse wieder gepflegt werden. Auch müsse auf dem Gebiete der Arbeiter-

versicherung und der Rechtsprechung alles geschehen, was im Interesse der Kollegen notwendig und möglich sei. Das Genossenschaftswesen und die Frage der Volksernährung seien Dinge, die die Gewerkschaften ihre ganze Aufmerksamkeit schenken müßten. Ebenso stelle die Sozialisierung der Betriebe und vor ganz neue Aufgaben; dann die Gewerkschaften seien zweifellos diejenigen Korporationen, die die inneren Angelegenheiten des Berufes zu erledigen haben. Über erst, wenn die Kollegen in voller Einigkeit an diese Aufgaben herangehen, werden sie imstande sein, sie zu lösen. In der Diskussion wurde von mehreren Rednern betont, daß die Haltung der Gewerkschaften während der Kriegszeit manchem Unorganisierten Gelegenheit gegeben hätte, sein Fernbleiben aus der Organisation zu entschuldigen. Von allen Rednern aber wurde betont, daß es Pflicht eines jeden organisierten Kollegen sei, mit aller Kraft für das Wohl der Organisation zu arbeiten. Die Wahl zum Vorstand zeitigte folgendes Resultat: gewählt wurden die Kollegen Polenz, Well, Rohne, Hannich, Müller und Hennig. Als Kartelldelegierter wurde Kollege Polenz und als Revisor die Kollegen Nisse und Hofmann gewählt. Desweiteren gab Kollege Braune bekannt, daß nach erneuten Verhandlungen mit den Arbeitgebern die Jünung sich entschlossen habe, die Forderungen der Leipziger Kollegen auf M 1,80 Stundenlohn anzuerkennen. Desgleichen wird ab 15. März die Freitagslohnzahlung eingeführt. Die Arbeitszeit ist eine siebenundvierzigstündige pro Woche und regelt sich für das Sommerhalbjahr wie folgt: Früh 7 1/2 bis 9 Uhr und von 9 1/2 bis 12 Uhr, nachmittags von 1 bis 5 Uhr, Sonnabends nachmittags von 1 bis 4 Uhr. Die Kollegen erklärten durch Abstimmung ihr Einverständnis mit den getroffenen Vereinbarungen, doch wurde betont, daß die Lohnhöhe durchaus noch nicht den Verhältnissen entspreche und versucht werden müsse, bei den Frühjahrsvorhandlungen diesem Rechnung zu tragen.

**Zwickau.** Am 26. Februar fand in der „Herberge zum Seimat“ eine gemeinschaftliche Sitzung statt zwischen dem Arbeitgeberverband und der Malerinnung einerseits und den Vertretern unseres Verbandes und dem Gesellenausschuß andererseits zwecks Einführung des Achtstundentages und der notwendigen Umrechnung auf die Lohnhöhe. Die Arbeitszeit wurde einstimmig folgendermaßen geregelt: Vom 15. Februar bis 15. März ist die Arbeitszeit von 8 bis 12 und von 1 bis 5 Uhr; vom 16. März bis 15. Oktober von 7 1/2 bis 12 und von 1 1/2 bis 5 Uhr, Sonnabends von 7 1/2 bis 12 und von 12 1/2 bis 4 Uhr; vom 16. Oktober bis 15. November von 8 bis 12 und von 1 bis 5 Uhr; vom 16. November bis 15. Februar von 8 bis 12 und von 1 bis 4 Uhr. Die Lohnregelung wurde nach der in Berlin getroffenen Vereinbarung festgelegt und als Ausgleich ein Lohnzuschlag von 20 % die Stunde bestimmt, so daß der Mindestlohn für Kollegen von 20 Jahren 128 % die Stunde beträgt. Kollege Diener brachte dabei zum Ausdruck, daß auch mit dem neu bewilligten Lohn noch kein entsprechender Ausgleich für die so gewaltig gestiegenen Lebensmittel herbeigeführt wird. Der Lohn reiche kaum hin, das nackte Leben zu fristen; wie sollen davon die Ausgaben für Miete, Schufe, erhöhte Mieten, höhere Steuern und sonstige notwendige Haushaltsgegenstände bestritten werden? Eine höhere Entlohnung sei deshalb wohl gerechtfertigt, das sollten auch die Meister einsehen und im Interesse des Handwerks nicht gegenüber andern Gewerben zurückstehen. Leider blieb dieser Appell erfolglos. In einer gut besuchten Versammlung am 1. März erstatteten die Kollegen Diener und Schmidt über die Verhandlungen Bericht. Nach längerer Aussprache, in der von verschiedenen Rednern behauptet wurde, daß die Meister kein größeres Entgegenkommen gezeigt hätten, beschloß die Versammlung, den Vereinbarungen zuzustimmen. Den Kollegen wurde aber eingehend an Herz gelegt, mit der Werbung für den weiteren Ausbau der Filiale nicht nachzulassen. Hierbei zeigte es sich, daß da, wo unsere Kollegen auf eine einmal geschlossene Organisation bilden können, die Existenzverhältnisse bessere und gesicherte sind. In dieser Beziehung haben es leider die Zwickauer Kollegen noch an vielem fehlen lassen und nicht an die Stärkung ihrer Organisation gedacht. Das müsse nun unter allen Umständen nachgeholt werden. Dann sei es auch möglich, das berechtigte Verlangen der Kollegschaft auf angemessene Entlohnung durchzusetzen.

### Aus Unternehmerkreisen.

Über die Lage der deutschen Farbstoffindustrie äußerten sich die Farbstofffabriken vorm. Friedr. Bayer & Co., Leberkufen, folgendermaßen:

„Den achtstündigen Arbeitstag habe die Gesellschaft in den ununterbrochen arbeitenden Betrieben schon seit 10 Jahren. Jetzt ist er, und zwar sofort nach der Revolution, auch in den Tagesbetrieben mit bisher neunstündiger Arbeitszeit durchgeführt worden. Diese Verkürzung der Arbeitszeit wäre aber nicht so schlimm, wenn die Leistungen gleichgeblieben oder gesteigert worden wären; bis jetzt aber seien sie nach Schätzungen der Betriebsführer um 50 pZt. geringer als im Frieden. Wenn es in Deutschland, besonders in Berlin, in der rheinisch-westfälischen und oberösterreichischen Kohlenindustrie so weiter gehe wie bisher, würden wir dem wirtschaftlichen Zusammenbruch mit Sicherheit entgegengehen. Die Arbeiter sähen in den höheren Löhnen und in der Verminderung der Arbeitsleistung allein das Heil der Revolution und glaubten in Verkennung der wirtschaftlichen Zusammenhänge die Löhne sogar noch weiter steigern zu können als bisher. Andererseits seien die Seereschiffahrt des Reiches mit einem Schläge ganz fortgefallen und die Friedensproduktion, die im Kriege wegen Mangels an Rohstoffen aller Art nur 5 pZt. betragen habe, sei heute auf höchstens 10 pZt. gestiegen, und wegen Mangels an Absatz seien weitere Steigerungen vorerst nicht zu erwarten. Deshalb überstiegen allein die Ausgaben für Löhne und Gehälter die außerordentlich geringen Einnahmen neuerdings so gewaltig, daß das Werk von den schließlich auch zu Ende gehenden Rücklagen zehren müsse. Daß man bei den jetzigen höheren Löhnen bei der wesentlich veränderten Arbeitsleistung und auch vor allem bei den gewaltigen Umkosten aller Art auf die Dauer auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig bleiben werde, sei selbstverständlich. Bei der überall sich mehr und mehr bemerkbar machenden Un-

Stoffzeit müsse übrigens mit einem halbjährigen erheblichen Einsetzen der Löhne gerechnet werden. Das würde an sich für den Arbeiter nicht schaden, da sich damit alle Verhältnisse des täglichen Lebens von selbst entsprechend richten würden. Für die Zukunft müsse die Aufgabe des Unternehmens darin liegen, die Erzeugung von Lebensmitteln so schnell wie möglich wieder zu steigern, ausgehend natürlich, daß der Bedarf zunehmen würde. Es sei in höherem Umfange als bisher bei der durch den Krieg verschuldeten Aushungerung der meisten Länder zu erwarten, sobald der Weltverkehr wieder eröffnet sei. Vollste Sorge bliebe die Verwaltung aber dabei auf die Kosten, wo die jetzt leeren Lager wieder gefüllt sein würden, dann der während des Krieges in so großem Umfange vorhandene Wettbewerb sich bemerkbar machen würde. Auf die Zeit der früheren Leistung müsse auf alle Fälle und schließlich auf die Dauer verzichtet werden. Die im Lande entstandene Industrie könne man nie wieder ganz gewinnen. Die Verwaltung vertraue aber der wirtschaftlichen Arbeit von Deutschlands Chemie, daß sie neue Erfindungen erschaffe, wie sie einige neue schon während des Krieges ausfindig gemacht habe. Verlässliche man, die Gesellschaft 80 pSt. ihrer Gesamtzeugung in Lebensmitteln im Auslande abgesetzt habe, so sei es von vorordentlicher Bedeutung, daß man im Auslande weitverbreitet bleiben könne. Das Ausland werde außerdem, so wird befürchtet, nach dem Kriege die bisherigen, im Kriege, zumal in Amerika, erhöhten Zollmauern wieder behalten. Die Gesellschaft habe deshalb schon seit Jahren im Auslande Fabriken errichtet. Ob man sie, die man während des Krieges in England, Rußland, Frankreich und Amerika fortgenommen habe, wieder kommen, wisse man nicht. Man wisse ferner nicht, wie lebensfähig, 80 pSt. umfassende Auslands-Geschäftsmännlich und technisch wieder aufgebaut werden solle, mit eigenen eingearbeiteten Leuten hochgebracht worden wäre. Die besonders gut aufgebaute kaufmännische Organisation der Gesellschaft in den verschiedenen Ländern werde sei vollständig zerstört. Der Arbeiterstand der Gesellschaft sei jetzt wieder auf den Friedensstand zurückgegangen. Den Zeitverhältnissen entsprechend müsse aber menslich die Zahl der Handwerker erheblich eingeschränkt werden. Auf die Dauer, so schließt die Erklärung, werde eine Verminderung der Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen gegenüber der vor dem Kriege unvermeidlich sein. Die Leberluser Farbenfabriken gehörten vor der Revolution zu den Betrieben, in denen den gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter mit der größten Rücksichtlosigkeit entgegengetreten wurde. Nur die „Wetbau“ fanden vor den leitenden Herren gütige Aufnahme und liebevolle Rücksicht. Daß in solchen Zwangsbetrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse viel zu wünschen übrig ließen, ist nur zu gut bekannt. Wie hoch in Wirklichkeit die Löhne gestiegen sind, ist leider nicht bekanntgegeben. Es wird nur immer von den „hohen Löhnen“ gesprochen, daß aber zu vor eine ungeheure Steigerung aller Lebensmittel- und Warenpreise eintrat, daß es besonders die Kriegslieferanten, Händler usw. waren, die gleich von Kriegsausbruch an die Konjunktur auf Kosten des Volkes ausnützten und Milliarden Gewinne einheimsten, davon wollen diese Elemente nichts wissen. Sie haben ihre Taschen schon gefüllt, bevor die Arbeiter gezwungen waren, Lohnforderungen zu stellen. Und trotzdem mußten sich die Arbeiter Lohnzulagen erkämpfen. Die Arbeiter müssen es darum nicht von sich abweisen, wenn ihnen infolge der „hohen Löhne“ oder der Verminderung der Arbeitsleistung die Schuld an der Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens zugeschoben wird.

### Baugewerbliches.

**Ergebnisse der Wohnungsreform.** In der letzten Zeit sind große organisatorische Schritte erfolgt zur Förderung der Wohnungs- und Siedlungsreform; aber doch sind keineswegs alle Hindernisse eines flotten und ungehinderten Fortwärtens beseitigt. Insbesondere hinderlich ist die noch immer vorhandene starke Zersplitterung der einschlägigen Befugnisse der Zentralbehörden. Wir haben jetzt einen besonderen Staatskommissar für das Wohnungswesen, und ihm unterstellt eine besondere Abteilung für Wohnungs- und Siedlungswesen im Reichsministerium; aber daneben bearbeitet das Reichsjustizamt noch immer die Angelegenheiten des Miet- und Hypothekengesetzes. Weit ausgesprochen aber noch ist die Zersplitterung in Preußen. Dort ist zwar im vorigen Jahre die Vereinigung zahlreicher auf das Wohnungswesen bezüglicher Befugnisse verschiedener Ministerien bei dem neugegründeten Staatskommissariat für Wohnungswesen erfolgt; aber die Zuständigkeit dieser Stelle ist doch weit beschränkter als gewöhnlich angenommen wird. Abgesehen davon, daß der Staatskommissar zur Erzielung einer positiven Wohnungsfürsorge weitgehend auf den freien Willen der Gemeinden angewiesen ist, ist er auch bei allen finanziellen Maßnahmen vom Finanzminister abhängig; er kann ohne dessen Zustimmung nicht einmal einen Bauzuschuß bewilligen. Ferner ist die ländliche Wohnungsfürsorge in Preußen dem Landwirtschaftsminister verblieben und dementsprechend — merkwürdigerweise! — auch die Aufsicht über das doch fast ganz städtische Institut der Hypothekendarlehen. Angesichts dieser Verhältnisse wird ernstlich zu prüfen sein, ob nicht im Interesse unseres Wohnungs- und Siedlungswesens die Befugnisse der zuständigen Abteilung im Reichsministerium und des preussischen Staatskommissariates für Wohnungswesen noch weiter auszubauen sind.

**Kasernen für Kleinwohnungen.** Das Wohnungsamt in Frankfurt a. M. hat sich mit der Frage befaßt, ob die Kasernenbauten nicht für Kleinwohnungs-zwecke nutzbar gemacht werden können. Das Amt hat die militärische Behörde ersucht, die entbehrlichen Kasernenbauten zunächst auf einige Jahre zur Verfügung zu stellen. In erster Linie handelt es sich um die Artilleriekaserne, in der alle Mannschaften, die Reithalle und der Aufbewahrungsbau durch Eingiehung von Trennungswänden für Kleinwohnungen eingerichtet werden können. Die Infanteriekaserne

kann ebenfalls diesem Zwecke zugeführt und die Wirtschaftliche für die gemeinschaftliche Speisung umgestaltet werden. Bereits vorhandene Wohnungen werden vermietet, das Offizierskasino wird umgebaut. Ähnliches ist mit der neuen Kaserne der Maschinengewehrabteilung Donames beabsichtigt. Ferner hat das Wohnungsamt, wie die städtische Nachrichtenstelle mitteilt, die Korpsbezirksregierung ersucht, daß alle von militärischen Dienststellen benutzten Privatwohnungen geräumt und die Bureaus in Geschäftshäuser verlegt werden. Das Vorgehen des Frankfurter Wohnungsamtes verdient allgemeine Beachtung; denn auf diesem Gebiete könnte zur Lösung der Wohnungsnot noch vieles geschehen.

### Gewerkschaftliches.

**Die Vorsitzende des Verbandes der Buch- und Steinbruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen, Paula Thiede, ist im Alter von 49 Jahren in Berlin gestorben.** Frühzeitig lernte sie in den Berliner Druckerien als Anlegerin das Gehen der damals im Gewerbe üblichen privaten Stellenvermittlung kennen. Als der Verband der Arbeiterinnen an Buch- und Steinbruckschnepressen 1890 ins Leben trat, wirkte Paula Thiede schon im Vorstand mit und war bald darauf seine Leiterin. Auch als die zentrale Organisation gegründet wurde, blieb sie ihre Vorsitzende mit einer kurzen Unterbrechung bis zu ihrem Tode. Mit großer Ausdauer und Energie hat sie das schwere Werk vollbracht, die Organisation einer Gruppe ungelerner Arbeiter und Arbeiterinnen, die bei ihrer Gründung 1297 Mitglieder zählte und außer in Berlin und Hamburg kaum an einem andern Orte Fuß gefaßt hatte, so zu leiten, daß bei Kriegsausbruch 18759 Mitglieder (8488 weibliche) vorhanden waren und für das Buchdruckerpersonal seit 1906 zentrale tarifliche Abmachungen Geltung haben.

**Tarifverträge müssen eingehalten werden.** Unkläglich einer Beschwerde über eine Tarifverletzung erklärte der Zentralvorstand der Arbeitsgemeinschaften der Industrie- und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands es als eine Selbstverständlichkeit, daß Tarifverträge, die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossen sind, korrekt eingehalten werden. Abweichungen sind nur mit beiderseitiger Zustimmung zulässig.

**Der deutsche Chorfängerverband hält dieser Tage in Braunschweig eine Delegiertenversammlung ab, die sich mit wichtigen Statutenänderungen zu befassen hat, die hauptsächlich den weiteren Ausbau dieser jungen Gewerkschaft bezweckt.** Der Chorfänger- und Ballettverband hat heute gegenüber Friedenszeiten den doppelten Mitgliederstand aufzuweisen.

**Gewerkschaftsforderungen und Arbeitsleistung.** In der Arbeitgeberpresse kann man jetzt täglich lesen, wie die Leistungen der Arbeiter gesunken seien; bis auf 80, 80 und 80 pSt. herab soll die Verminderung gehen. Nun soll nicht bestritten werden, daß der Arbeiter, der eine vierjährige Hungerperiode hinter sich hat und auch heute noch schwer unter den Folgen der Hungerblockade leidet, der seinen gesamten Verdienst fast nur für die Ausbringung von Lebensmitteln hergeben muß, nicht mehr so leistungsfähig sein kann wie vor dem Kriege. Die Leistungsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit wird sich aber wieder mit der Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse heben. Dann wird sich auch herausstellen, welchen bedeutungsvollen Einfluß die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden auf die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Arbeiter ausgeübt hat. Beachtenswert sind nach dieser Richtung die Ausführungen des bayerischen Landesgewerkschafts Dr. Koelsch in der Zeitschrift „Öffentliche Gesundheitspflege“, worin gesagt wird, wie die Durchführung gewerkschaftlicher Forderungen die Arbeitsleistung erhöht. Zu Beginn des Krieges war die Ausnutzung der Arbeiter in den Vereinigten Staaten in 14 Monaten nur 8 Ruhetage, und selbst in Staatsbetrieben wurden in 14 Tagen 18 Schichten gemacht. 70 bis 90 Stunden in der Woche waren nicht Seltenes. Und was war die natürliche Folge dieser wahnwitzigen Ausnutzung der Menschenkraft? Eine ganz gewaltige Steigerung der Krankheitszahlen, so daß es im Gegenzug zu vorher jetzt Regel wurde, daß unter 100 Arbeitern 8 krank waren. Als man dann, durch diese Folgen klug gemacht, endlich zu einer Herabsetzung der Arbeitszeit überging, ließ diese Krankheitszahl sofort nach. Doch nicht nur das: es trat zugleich nicht nur eine Leistungsminde- rung, sondern eine erhebliche Steigerung ein. Obwohl vorher 7 Schichten zu 12 Stunden gearbeitet wurden und nachher nur 6 Schichten zu 10 1/2 Stunden (einschließlich 1 1/2 Stunden Pause), so lieferte in dieser Zeit doch die Hälfte (!) der Arbeiterschaft mehr Ertragnis, als vorher die ganze Belegschaft! In einer Formerei wurde ferner nach jeder Arbeitsstunde 1 Stunde Pause eingeschoben, doch erhöhte sich auch hier die Arbeitsleistung trotz geringerer Arbeitszeit. Sodann wurde in einer Männerabteilung die wöchentliche Arbeitszeit von 58,2 auf 61,2 Stunden herabgesetzt; darauf stieg die Leistung um 21 pSt. In einer Frauenabteilung setzte man die Arbeitszeit von 66,2 Stunden auf 45,6 Stunden herab, und die Leistung stieg um 9 pSt. Und als man die Arbeitszeit in einer Knabenabteilung von 72,5 auf 54,5 Stunden herabsetzte, stieg die Leistung auch hier, und zwar um 3 pSt.

**Sozialpolitisches.** Nach dem neuen Reichsverfassungsentwurf, der der Nationalversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet worden ist, werden der Reichsgesetzgebung folgende Materien vorbehalten: Staatsangehörigkeit, Freizügigkeit,

Armenwesen, Patrowesen, Fremdenpolizei, Ein- und Auswanderung, Bürgerliches Recht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren, Bestandsleistungen von Gerichts- und Verwaltungsbehörden, Erbschaftsrecht, Rechtsüberhältnisse der Arbeiter und Angehörigen, ihre Versicherung und Arbeiterschutz, Handel, Maß- und Gewichtswesen, Münzwesen, Ausgabe von Papiergeld, Bank- und Börsenwesen, Gewerbe- und Bergbau, Versicherungswesen, Seeschiffahrtswesen, Presse, Vereins- und Versammlungswesen, Gesundheitswesen, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, öffentliche Wohlfahrtspflege, Kriegsteilnehmer- und Hinterbliebenenfürsorge, Wohnungswesen, Grundstücke des Siedlungswesens, Regelung der Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter für die deutsche Güterwirtschaft und Schutz und Pflege der schulentlassenen Jugend. Die Ausführung der Reichsgesetze soll grundsätzlich durch die Landesbehörden erfolgen. Der Grundzug, daß Reichsrecht Vorrang vor Landesrecht erhält. Nach Artikel 83 soll die Koalitionsfreiheit in keiner Weise beschränkt werden; nach Artikel 84 soll die Arbeitskraft unter dem besonderen Schutz des Reiches stehen. Die persönliche Freiheit, die Wohnung, das Eigentum und das Post-, Telegraphen- und Fernsprechtsgeheimnis werden als unantastbar erklärt.

**Arbeiterkontrollen für die Industriebetriebe sollen** infolge der wiederholten Anregungen und Eingaben bei den Bundesregierungen durch die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission jetzt mehr bei der staatlichen Gewerbeaufsicht (Gewerbeinspektion) angestellt werden. Das Volkskommissariat für Arbeit in Braunschweig teilt unter dem 4. Februar dieses Jahres mit, daß seit dem 1. Dezember 1918 zwei aus Arbeiterkreisen hervorgegangene Aufsichtsbeamte beim dortigen Gewerbeaufsichtsamte tätig sind. Eine eventuelle Vermehrung dieser Aufsichtsorgane soll bei einer Erweiterung des Geschäftskreises der Gewerbeaufsicht eintreten. Für die Verwaltungsgemeinschaft der ruffischen Staaten in Gera wurde durch die Ministerialabteilung des Innern am 18. Februar dieses Jahres hier angezeigt, daß für Meißner und jüngere Linien eine gemeinsame Gewerbeinspektion eingerichtet wurde, wobei die Anstellung von zwei Gewerbeinspektoren aus den Gewerkschaften in Aussicht genommen ist. Nach einem Schreiben vom 18. Februar dieses Jahres des Ministeriums für Soziale Fürsorge in München sind zurzeit von insgesamt 42 Beamten bei der Gewerbeaufsicht 10 männliche und 6 weibliche Arbeiteraufsichtsbeamte tätig. Da aber die Gewerbeaufsicht im Interesse des Arbeiterschutzes künftig weit intensiver ausgebaut werden muß, will das Ministerium für das Jahr 1919 weitere 10 männliche und 3 weibliche Hilfskräfte aus der Arbeiterklasse in dem Staatshaushalt anfordern. Außerdem wird in diesem Schreiben gefordert, daß die von der Generalkommission angestrebte Änderung der Reichsversicherungsordnung (§ 876), die eine Pflicht der Berufsvereinschaften zur Anstellung von technischen Aufsichtsbeamten aus der Arbeiterklasse festlegen soll, die wärmste Unterstützung des Ministers findet. — Anders in Preußen und Böhmen. Wie das Ministerium Shows für Handel und Gewerbe schon am 9. Juli v. J. zum Ausdruck brachte, soll eine dahingehende Entscheidung, inwieweit den Anregungen entsprochen werden kann, für später vorbehalten bleiben. Auch auf ein Anschreiben an den Minister Dr. Fischer vom 18. November 1918 ist bis zurzeit eine Antwort nicht erfolgt. — Eine analoge Stellungnahme zu dieser Reform der Gewerbeaufsicht erlaubt sich der liberale Senat, der unter dem 10. Februar v. J. mit vielen Worten mitteilt: „daß die Anstellung von Arbeiterkontrollen hier nach Lage der Verhältnisse zunächst nicht in Betracht kommt“. Der Senat will erstmalig durch die Mitwirkung der Arbeiterausschüsse die behördliche Betriebsaufsicht fördern und im übrigen die Angelegenheit im Auge behalten.

### Gewerbe- und soziale Hygiene.

**Eine erschreckende Statistik.** Vor kurzem hat das statistische Amt der Stadt Berlin die Hauptergebnisse der Bevölkerungsbewegung in Berlin für die letzten Jahre veröffentlicht. Danach ergeben sich folgende Ziffern:

	1912	1913	1914	1915	1916	1917
Geborene.....	44 803	42 493	39 052	32 249	23 639	19 458
Gestorbene.....	29 981	23 067	29 664	28 572	27 147	34 148
Überschuß der Geborenen...	14 422	14 426	9 388	3 677	—	—
Gestorbenen ..	—	—	—	—	3 508	14 680

Obwohl in der Statistik die im Kriege Gefallenen nicht berücksichtigt sind, finden wir, wie gewaltig die Zahl der Sterbefälle ansteigt und zugleich die Geburtenzahl abnimmt. Der Überschuß der Todesfälle 1917 über die Geburten ist genau so groß wie 1912 und 1913, also in den letzten Friedensjahren, der Geburtenüberschuß war. Wie beträchtlich wird sich der Rückgang der Bevölkerung da im ganzen Reich stellen? Der wahre Grund der Sterblichkeit ist leicht zu erkennen, wenn man liest, daß an Schwindsucht 1917 über 5000 Menschen starben gegen 3285 im Jahre 1914, und an Lungentuberkulose 2700 gegen 1878. Nach den Angaben der Regierungspräsidenten starben 1917 allein 30 000 Menschen mehr an Lungentuberkulose als 1912; nach den Ergebnissen der ersten neun Monate des Jahres 1918 wird die Zahl der an Lungentuberkulose Gestorbenen sich sogar um 40 000 höher herausstellen. Die erschütternde Tragik des deutschen Volkes spricht zur Genüge aus diesen Ziffern. Von der Mitleidenschaft an diesem chronischen Massenmord wird die Entente nicht freigesprochen werden können, die, jeder Menschlichkeitohnsprechend, die Hungerblockade noch monatelang nach dem Waffenstillstand aufrechterhält.

### Verschiedenes.

**Ausgang zur geistigen Beschäftigung Arbeitsloser.**  
 Das Landesbildungsausschuss hat sich die Aufgabe gestellt, für ganz Deutschland zur Durchführung zu bringen, was in einzelnen Orten schon in Angriff genommen wurde: die Erfüllung der unfruchtlichen Aufgabe mit würdevollen und unklügeltem Jubel. Allerdings will das genannte Amt mit a-regen, Mitarbeitern geben und Hindernisse aus dem Wege räumen; als ausführende Organe können in Betracht die schon lange mit ähnlicher Arbeit vertraut gewordenen Volkshilfsvereine, Organisationen der Jugendpflege und Jugendbewegung, Bildungsvereine der Arbeiterorganisationen, Parteien und sonstigen Volkshilfsvereine sowie Fortbildung- und Fachschulen, Volkshilfsvereine und andere Persönlichkeiten, welche sich besonders eignen und ihre Kräfte zur Verfügung stellen. Von den Landesbildungsausschüssen wird die organisierte Zusammenarbeit aller dieser Kräfte erwartet und von den Landesbildungsausschüssen die provinzielle Vereinigung derselben zu einem möglichst rational arbeitenden, mit geringstem Aufwande den Bedarf vollständig deckenden Ganzen. Das Landesbildungsausschuss stellt seine Hilfe zur Verfügung, nicht jedoch seine Hauptaufgabe, wie gesagt, in der Ausübung. Für diesen Zweck hat es sich der Hilfe der Fachleute der Volkshilfsarbeit lose angeschlossen. Diese ist in einer Gruppe zusammengestellt und in drei Abteilungen geteilt: 1. Unterricht: (Sant Vorreden, Volkshochschulen usw.) a) Jugendliche: Unterricht im allgemeinen im Hinblick auf die Fortbildungsschulen, Mittelschulen, Wander- und Haushaltungsschulen. b) Erwachsene: für beide Geschlechter: Lehrgänge für berufliche Fortbildung, Volkshilfsliche Vorträge, Stiebertkurse, Bilanzkurse zwecks Ermöglichung der Geschäftnahme in Betriebe. Außerdem spezielle Lehrgänge für weibliche Erwachsene. (Krank- und Säuglingspflege, Hauswirtschaft und Gartenbau usw.) (Vorstandende Frau Dr. Hilbrandt.) 2. Heime: Heimerichtung und Erziehung von Tages- und Wochenheimen (im Sinne der Soldaterheime). Versorgung mit Wanderbüchereien, Wanderausstellungen, Musikinstrumenten, Pflege von Leisenden, Viehhäuserverbesserungen, Wanderungen und Sport. Anregung zur Selbsttätigkeit durch Anleitung zu instrumentaler Musik, Gesang usw. (Vorstandende Dr. Niedermeyer.) 3. Künstlerische Darbietungen: Theater, Konzerte, Regitationen, Sprachvorträge, Führungen usw. (Vorstandende Dr. v. Erdberg.) Bei diesen Ausstellungen werden Anweisungen ausgearbeitet, die zunächst die allgemeinen Richtlinien und weiter für Einzelheiten die nötigen Maßregeln geben werden. Einige Anfragen sind an das Landesbildungsausschussamt Gruppe Vc, Berlin SW, 29, Schillingstraße 20, zu richten, desgleichen die Berichte über die — zunächst fast eingeleitete — angeregte Aktion.

### Literarisches.

„Die Glocke“. Sozialistische Wochenschrift, herausgegeben von Formis. Preis vierteljährlich M. 6, Einzelhefte 50 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 88.

**Kosmos, Handweiser für Naturfreunde.** Herausgegeben und verlegt vom „Kosmos“, Gesellschaft der Naturfreunde. Jahrgang 1919, Heft 1/2. Mit Buchbeilage Seite 1: Wilt. Boelcke, Eiszeit und Klimawechsel. Jahrgang 1919, Heft 1/2: Lebendiger und inniger Teil der Natur an der gemeinsamen Aufgabe der Naturerkenntnis herbeiführen liegt und vor allem am Herzen — laut der Vorstand des „Kosmos“ in seinem und vorliegenden Heft 1. Heft des neuen Jahrgangs. Und dann eine weitere Aufgabe, die sich der „Kosmos“ gestellt hat: es drängt ihn, daher zu sorgen, daß Naturwissenschaft und Technik in Staat, Leben, Verwaltung, Schule und Haus nach Gebühr berücksichtigt werden. Besonders vor allem ist es aber auch, überall einzutreten für den Schutz der Natur vor den zerstörenden Eingriffen der modernen Kultur. Wir glauben, daß diese Forderungen und Wünsche der Kosmos-Gesellschaft jedermann nur aufrecht begreifen und durch zahlreiche Beiträge unterstützen kann. Ein Blick in die beiden ersten Hefte des neuen Jahrgangs zeigt denn auch, daß der „Kosmos“ in seinem alten, bewährten Rahmen naturwissenschaftlicher Aufklärung in vollstimmlichem Sinne weitergeht. Die eine Buchveröffentlichung des neuen Jahrgangs, „Eiszeit und Klimawechsel“, ist von Wilt-Boelcke geschrieben. Das Bändchen ist eine wertvolle Ergänzung zu Boelckes früheren Veröffentlichungen „Kontinental und Meeres im Wechsel der Zeiten“ und „Tierwanderungen in der Urwelt“. Nichtmitglieder des „Kosmos“ können dieses Bändchen auch einzeln haben für M. 1.50 geheftet und M. 2.50 gebunden.

### Sterbetafel.

**Altenburg.** Am 26. Februar starb unser treues, langjähriges Mitglied Hermann Spröte im 62. Lebensjahre an Arterienverkalkung.  
**Berlin.** Am 22. Januar starb der Kollege Max Müller, geb. am 28. Juni 1855 zu Lauter. — Am 7. Februar starb unser langjähriges Mitglied Paul Handke.  
**Dresden.** (Zahnteile Kengeredorf.) Am 5. Februar starb als Invalide unser treuer Kollege Adolf Friebe im Alter von 61 Jahren. — Am 8. Februar starb als Invalide unser langjähriges Mitglied Gustav Seber im Alter von 51 Jahren. — Am 24. Februar starb plötzlich unser treuer Kollege Hermann Jädel im Alter von 50 Jahren. — Am 2. März starb an Herzschlag der Kollege Hans Döring im Alter von 41 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

### Zur Beachtung!

Die Ausgaben für ungenügend frankierte Brief- und Geschäftspapierleistungen mehren sich in letzter Zeit derart, daß es dringend erforderlich ist, diesen Mißstand abzustellen. Es ist deshalb bemerkt, daß Postkarten mit 10 Pf., geschlossene Briefe bis 20 Gramm mit 15 Pf., bis 250 Gramm mit 25 Pf. frankiert werden müssen. Geschäftspapiere dürfen nicht geschlossen werden und keine schriftlichen Mitteilungen enthalten. Porto bis 250 Gramm 15 Pf., bis 500 Gramm 25 Pf., bis 1000 Gramm 35 Pf. Es ist auch wissam, größere Sendungen zu verschließen (aber nicht zu kneten, da auf der Post kontrolliert wird, ob Leinwand Briefe dazwischen sind, um dann die Sendung als Brief zu taxieren).

### Abrechnung vom 4. Quartal 1918.

Einnahme	
A. der Filialen:	
Beiträge	M. 167 879,57
Eintrittsgelder	7 084,50
Duplikate	26,50
Extramarke	100,50
Sonstige Einnahmen	166,64
B. der Hauptkasse:	
Zinsen	12 246,15
Krankenerstattung	45,—
<b>Summa</b>	<b>M. 187 498,86</b>

Ausgabe	
A. der Filialen:	
Arbeitslosenunterstützung	M. 18 620,50
Krankenerstattung	89 812,05
Reiseunterstützung	18,—
Storbaunterstützung	7 605,—
Familienunterstützung	58,—
Besonderer Zuschuß an die Filialen	18 088,85
Versicherungsbeiträge der Filialangestellten	584,12
An Frauen eingetragener Filialangestellter	1 767,78
Beiträge, Eintrittsgelder und Extrabeiträge der Filialen	36 884,—
B. der Hauptkasse:	
Agitation und Konferenzen	8 697,—
„Vereins-Anzeiger“	0 590,29
Leisbewegung	420,80
Beitrag an die Generalkommission	719,05
Extrabeitrag an die Generalkommission	748,10
Beitrag an die Zentralwerkkommission	76,77
Druckfachen	25,80
Bibliotheken	102,76
Periphetische Verwaltungskosten	7 411,28
Sachliche Verwaltungskosten	1 451,68
Ausgaben der Agitationskommissionen	10 204,45
Mehreinnahme im 4. Quartal	40 168,61
<b>Summa</b>	<b>M. 187 498,86</b>

H. Wentker, Kassierer.

Hamburg, den 27. Februar 1919.

Revidiert und für richtig befunden:

Otto Streine, J. Heitich, W. Nieß, Ferd. Lindner.

### Vereinstell.

### Bekanntmachung.

Durch den Tod des Kollegen Gaup ist die Stelle eines

### Bezirksleiters für den 5. Bezirk

mit dem Sitz in Leipzig baldmöglichst neu zu besetzen. In Betracht kann für diesen Posten nur ein Kollege kommen, der die Entwicklung, die Einrichtungen und die Geschäftsführung unserer Organisation genau kennt und agitatorische Fähigkeiten besitzt.

Mitglieder, die sich für diesen Posten melden wollen, werden ersucht, ihr Bewerbungsschreiben bis **20. April** dem Vorstandsvorstand zu übermitteln. Das Schreiben muß einen kurzen Lebenslauf, ferner eine zusammenfassende Darstellung der Aufgaben eines Bezirksleiters unseres Verbandes enthalten.

Der Vorstandsvorstand.

### Bericht der Hauptkasse für den Monat Februar.

Eingekandt haben: Altenburg M. 200, Augsburg 100, Berlin 750, Bernburg 250, Braunschweig 900, Brandenburg 160, Breslau 1300, Cassel 1200, Eöln 1500, Danzig 1000, Dessau 400, Düsseldorf 1500, Eberswalde 100, Eöberfeld 800, Erfurt 470, Eöfen 3000, Flensburg 800, Frankfurt a. M. 1000, Gera 150, G6rlich 500, Graudenz 100, Gr6nberg 210, Hagen 800, Halle 1200, Hamburg 500, Heidelberg 768,48, Hildesheim 200, Karlsruhe 280, Kattowiz 200, Kiel 1500, K6nigsberg 500, K6nigs 150, L6beck 550, Mannheim 800, Magdeburg 500, Neum6nster 100, Osnabr6ck 160, Passau 72,10, Rathenow 100, Rostock 200, Spremberg 100, Stettin 600, Stuttgart 1500, Spandau 200, Thorn 80,05, Ulm 40, Weibert 85, Weimar 200, Wilhelmshaven 2000, Worms 150, W6rzburg 500, Zwickau 100.

Den Filialkassierern diene zur Kenntnis, daß die Gelber, die noch im 1. Quartal verrechnet werden sollen, im Laufe des Monats M6rz bei der Post einzuzahlen sind.

H. Wentker.

Vom 23. bis 29. M6rz ist die 12. Beitragswoche.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 10 des „Correspondenzblattes“ bei.



### Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Kollegen.

- Abt. W., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 21. 6. 95 zu Schierstein, seit 29. 12. 19 im Verband.
- Baum, W., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 25. 5. 97 zu Sonnenberg, seit 29. 6. 14 im Verband.
- Becker, Wihl., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 19. 12. 97 zu Bierstadt, seit 12. 7. 14 im Verband.
- Becker, Wihl., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 21. 3. 88 zu Wiesbaden, seit 28. 8. 07 im Verband.
- Becker, Karl, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 16. 11. 98 zu Schierstein, seit 15. 5. 10 im Verband.
- Beres, Heinz, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 7. 8. 88 zu Wiesbaden, seit 28. 5. 08 im Verband.
- Bullmann, Adolf, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 28. 7. 89 zu Wiesbaden, seit 15. 4. 07 im Verband.
- Demant, Hugo, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 25. 4. 88 zu Frauenstein, seit 17. 8. 19 im Verband.
- Fink, Adolf, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 22. 8. 94 zu Rumbach, seit 18. 8. 11 im Verband.
- Fischer, Paul, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 28. 10. 88 zu Schierstein, seit 10. 7. 08 im Verband.
- Gebhardt, R., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 1. 2. 97 zu Naurod, seit 1. 5. 16 im Verband.
- Gänsel, Aug., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 16. 10. 88 zu Rumbach, seit 28. 7. 05 im Verband.
- Gänsel, R., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 29. 12. 84 zu Rumbach, seit 1. 11. 09 im Verband.
- Göling, Fr., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 7. 10. 78 zu Dorheim, seit 29. 8. 14 im Verband.
- Horne, Wihl., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 6. 1. 92 zu Niederhausen, seit 18. 10. 11 im Verband.
- Hors, Gb., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 11. 6. 90 zu Wiesbaden, seit 21. 8. 10 im Verband.
- Hühler, W., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 24. 7. 88 zu Kloppenheim, seit 1. 5. 15 im Verband.
- Hühm, Karl, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 6. 5. 91 zu Sonnenberg, seit 19. 4. 14 im Verband.
- Krüh, P., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 30. 8. 99 zu Frauenstein, seit 14. 1. 17 im Verband.
- Kreickmann, W., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 21. 5. 91 zu Wiesbaden, seit 12. 2. 10 im Verband.
- Kreis, Heinz, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 26. 3. 84 zu Wiesbaden, seit 28. 2. 18 im Verband.
- Kreis, Herm., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 26. 4. 91 zu Wiesbaden, seit 16. 4. 12 im Verband.
- Krökel, Heinz, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 10. 10. 92 zu Wiesbaden, seit 2. 5. 11 im Verband.
- Leih, Andr., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 9. 8. 90 zu Frauenstein, seit 31. 8. 12 im Verband.
- Löh, W., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 14. 12. 95 zu Wiesbaden, seit 15. 6. 12 im Verband.
- Marloff, F., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 4. 8. 89 zu Frauenstein, seit 14. 5. 08 im Verband.
- Marloff, R., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 19. 2. 92 zu Frauenstein, seit 4. 7. 10 im Verband.
- Müller, Georg, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 20. 8. 91 zu Wiesbaden, seit 22. 1. 10 im Verband.
- Rheinberger, Chr., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 4. 1. 96 zu Frauenstein, seit 20. 7. 18 im Verband.
- Rössel, August, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 24. 12. 91 zu Dohheim, seit 21. 1. 10 im Verband.
- Schäfer, R., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 8. 2. 86 zu Wiesbaden, seit 31. 8. 12 im Verband.
- Scheidt, Aug., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 25. 7. 85 zu Dohheim, seit 8. 12. 07 im Verband.
- Scheidt, Wihl., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 20. 1. 88 zu Dohheim, seit 3. 12. 11 im Verband.
- Schellenberg, W., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 30. 8. 90 zu Rumbach, seit 9. 4. 11 im Verband.
- Schling, G., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 10. 2. 76 zu Wiesbaden, seit 24. 2. 98 im Verband.
- Schmidt, Adolf, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 21. 9. 95 zu Rumbach, seit 1. 3. 13 im Verband.
- Schmidt, Fr., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 9. 7. 90 zu Wiesbaden, seit 4. 8. 11 im Verband.
- Schnell, R., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 18. 12. 96 zu Dohheim, seit 20. 6. 18 im Verband.
- Schwein, Otto, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 28. 1. 91 zu Rumbach, seit 18. 5. 09 im Verband.
- Stiehl, Wihl., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 1. 8. 88 zu Bierstadt, seit 26. 8. 11 im Verband.
- Wagner, Jos., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 28. 4. 96 zu Dohheim, seit 5. 7. 14 im Verband.
- Werner, Georg, Mitglied der Filiale Wamburg, geb. 8. 4. 97 zu Wamburg, seit 4. 5. 14 im Verband.
- Werner, Sebastian, Mitglied der Filiale Stuttgart, geb. 19. 1. 84 zu Söchingen, seit 22. 11. 09 im Verb.
- Wicht, Rud., Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 5. 6. 95 zu Hestrich, seit 4. 5. 11 im Verband.
- Widers, Franz, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 2. 12. 87 zu Richtersdorf, seit 26. 6. 08 im Verband.
- Wiese, Hermann, Mitglied der Filiale Kiel, geb. 12. 8. 91 zu Schreienborn, seit 2. 4. 10 im Verband.
- Wittig, Franz, Mitglied der Filiale Göttha, geb. 9. 8. 98 zu Rühthem l. Th., seit 5. 11. 16 im Verb.
- Wörle, Adam, Mitglied der Filiale Wamburg, geb. 11. 12. 95 zu Bichberg, seit 1. 6. 13 im Verband.
- Zastrow, Fr. van, Mitglied der Filiale Mannheim, geb. 27. 3. 96 zu Mannheim, seit 2. 4. 14 im Verband.
- Zemlin, Wihl., Mitglied der Filiale Rathenow, geb. 22. 2. 92 zu Sandau, seit 14. 9. 13 im Verband.
- Zimmer, Oskar, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 29. 6. 79 zu Dresden, seit 10. 9. 03 im Verband.

Ehre ihrem Andenken!